

Bodensee-Friedensweg 2016 Romanshorn

Ulrich Tilgner:

Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten!

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Denn die Anschläge in Paris und Brüssel sind Teil eines Krieges, der zwischen den Staaten der Europäischen Union und dem Islamischen Staat geführt wird. Für mich ist bestürzend, dass die Toten von Paris und Brüssel nur als Terroropfer betrauert und in ihnen nicht auch Opfer eines Krieges zwischen zwei Parteien gesehen werden. Ein Krieg zweier Parteien, die ungleicher kaum sein können. Was für die eine Seite der Einsatz von militärischer Hochtechnologie ist, ist für die andere Seite die Nutzung von Terror. Und bei dieser Form von Krieg handelt es sich um einen asymmetrischen Krieg, der nicht wie zuvor auf das Territorium eines Staates - wie zum Beispiel der Vietnamkrieg zu Beginn - begrenzt ist. Terroraktionen werden eingesetzt, um Angst und Schrecken in Gebieten zu verbreiten, die bisher von den Kämpfen nicht direkt betroffen waren. Wir in Europa sehen den Frieden gefährdet, der aber ein Frieden ist, der für andere Blutvergießen bedeutet. Damit meine ich nicht nur Menschen, die im Einflussbereich des Islamischen Staates leben, sondern auch die Menschen zum Beispiel im Jemen oder Libyen oder einem der Staaten, in denen nach Ansicht des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung 16 Kriege geführt werden. Frankreich führt zum Beispiel seit 2014 Krieg gegen den Islamischen Staat. Erinnern sie sich noch an die Tage nach den Terrorangriffen von Paris. Damals wollte der französische Präsident Francois Hollande den Eindruck erwecken, als ob die Angriffe auf den IS als Reaktion auf den Terror in Paris erfolgten. Seither beteiligt sich Deutschland mit Tornado-Flugzeugen am Krieg gegen den IS. US-Präsident Barak Obama erklärte vor einem Jahr, am 17. März 2015, in einem Interview: « Der Islamische Staat ist direkt aus AlKaida im Irak entstanden. Er entwickelte sich aus unserem Einmarsch, als ein Beispiel für unbeabsichtigte Folgen. »

Für Obama und die führenden Politiker des Westens handelt es sich um unbeabsichtigte Folgen. Für mich ist der neue Krieg in Europa das Ergebnis einer falschen Politik von Kriegen und Rüstungsexporten, die vor allem im Mittleren Osten zur Zunahme von Tod und Elend geführt haben und die Terrorismus und entsprechende Organisationen zwangsläufig hervorgebracht haben. Auch wenn dies unbeabsichtigt war und bestimmte Bedingungen vor Ort - also im Mittleren Osten - existieren, die Voraussetzungen für das Entstehen von Terrorismus bilden. Seit den Anschlägen von Brüssel - also seit nicht einmal einer Woche - ist im Orient eine grössere Zahl Zivilisten bei Terroranschlägen getötet worden als in Brüssel. Die Zahl der Opfer von Terror und von Luftangriffen westlicher Staaten ist grundsätzlich um ein Vielfaches größer als die Zahl der Terroropfer in Europa und den USA. Die Wahrscheinlichkeit, bei einem Terroranschlag in Europa oder den USA getötet zu werden, entspricht der Wahrscheinlichkeit, als Folge eines Blitzschlages zu sterben. In Mitteleuropa wird es wieder üblich, wie in den Tagen der Weltkriege, Menschenleben unterschiedlich zu bewerten. Auch wenn der US-Kardinal Francis Spellmann Waffen gesegnet hat und für den die US-Kriegsführung in Vietnam eingetreten ist, so sollten sich Christen daran erinnern, dass Kriege abgeschafft werden müssen und zwischen deren Opfern kein Unterschied gemacht werden sollte.

Das Erstarken rechter politischer Bewegungen, Organisationen und Parteien zeigt, wie ungenügend die Vergangenheit über Europa lasten. Im Versuch, das Heil in der Verteidigung der Aussengrenzen der Europäischen Union zu suchen, sehe ich einen Aufguss der Politik vergangener Zeiten. Waren es in den Vortagen des ersten Weltkrieges die Grenzen der Nationalstaaten in Europa, die zu Barrieren wurden, waren es im Zweiten Weltkrieg - mit mindestens 60 Millionen Toten - globale Frontlinien zwischen faschistischen Achsenmächten und den Alliierten, über die von der jeweiligen Seite nur höchstselten hinausgeschaut wurde. Heute leben wir in einer globalisierten Welt, in der Grenzen schon wegen dieser historischen Lehren als anachronistisch gelten sollten. Hinzu kommt, dass die führenden Grosskonzerne zwischenstaatliche Grenzen immer weniger respektieren und sich supranationale Privilegien verschaffen wollen. Gegengewicht gegen die Politik der Grosskonzerne kann man nicht mehr aus nationaler Perspektive sondern nur noch aus internationaler Kooperation schaffen.

70 Jahre Frieden in Europa sind auch zu erklären, wenn man Kriege in anderen Teilen der Welt als Preise dieses Friedens versteht. So wie der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist, kommen auch die Flüchtlinge. Auch sie sind ein Ergebnis ungleicher globaler Entwicklung. Die Verteidigung altnationaler oder europäischer Interessen führt in die Irre, weil die Ursachen für die Probleme verdrängt werden. Kriege, Bürgerkriege und Flüchtlingsströme sind kein Zufall. Sie sind Ausdruck zum Himmel schreiender Ungerechtigkeiten, die auch durch europäische Kolonial- oder Hegemonialpolitik verstärkt und in Einzelfällen sogar ausgelöst wurden.

Über Angela Merkel, die sich einem - wie sie es nannte - moralischen Imperativ beugte, schlugen die Wellen des Unmuts zusammen. Meinungsbildende Medien überboten sich mit Argumenten, warum an den Südgrenzen Europas Barrieren gegen die Opfer westlicher Politik errichtet und nicht nur rechtsradikale Politiker fordern, Grenzübertritte auch mit Militär-Einsatz zu verhindern. Zynischer kann eine Alternative zu einer Forderung einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen kaum sein. Und es sind vor allem ältere Menschen, die sich mit dieser Art von Politik nicht abfinden wollen, sondern überlieferten Werten der Nächstenliebe folgen, um Abhilfe zu schaffen. Eine sogenannte moderne und junge Art des Denkens erhält ihre Wertekoordinaten aus den Zentren globaler Welt, für die Ungleichheit und Doppelbödigkeit eine wichtige Voraussetzung bildet.

Doch wir Alten tragen auch Verantwortung, dass es so weit kommen konnte. Mich beschleicht das Gefühl, dass die Popularität von Politikern, die die Verteidigung der europäischen Aussengrenzen fordern, ihren Ursprung auch auf einer stillschweigenden Zustimmung für eine derartige Politik beruht. Wenn Frau Pauli in den Medien kritisiert ist, weil sie einen Schiessbefehl gegen Flüchtlinge an innereuropäischen Grenzen fordert, so ist es für mich rätselhaft, warum eine derartige Kritik unterbleibt, wenn militärische Verbände zur Kontrolle der EU-Aussengrenze eingesetzt werden. Details werden kritisiert, aber das System, das Ruhe und Versorgung garantiert, wird im Grundsatz getragen. Stunden von Demonstrationen und Protesten folgen Tage, Wochen und Monaten der Zurückgezogenheit ins Private, die das globale Unrechtssystem mitbegründet. So sieht für mich heutzutage Mitläufertum aus. Doch zum Thema:

1. Wie Rechtlosigkeit zur Regel wurde

Nach Ende der beiden Weltkriege nahm die Internationale Gemeinschaft jeweils Anläufe, Lehren aus den Desastern zu ziehen. Das erste Mal wurde die Unfähigkeit zu Lernen mit der Wahl Hitlers zum Reichskanzler und der deutschen Kriegspolitik überdeutlich.

Doch während nach dem Ersten Weltkrieg die internationalen Beziehungen weiter durch die nationalstaatliche Konkurrenz stark geprägt waren, erforderte eine internationale Friedenspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem zusätzlichen Grund überstaatliche Strukturen. Die nationalstaatlichen Grenzen verloren wegen der Verstärkung der weltweiten Wirtschaftsstrukturen zunehmend an Bedeutung. Zwar entstanden 1945 die Vereinten Nationen, doch sie haben seither nicht an Ansehen und Einfluss gewonnen, sondern ihre Autorität zunehmend eingebüsst. Litt die UN bis 1990 unter dem Ostwest-Konflikt, so wurden sie anschliessend zunehmend von den Vetomächten des Sicherheitsrates zunehmend instrumentalisiert und zur Durchsetzung eigener Interessen genutzt.

Die Unfähigkeit, einen Ordnungsrahmen und Regeln für das internationale Zusammenleben zu schaffen, wird auch an der abnehmenden Bedeutung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte erkennbar. Dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte heute in den Staaten des Westens nur noch in Teilen als Wertmassstab für die Politik dient, ist bestürzend und bezeichnend zugleich. Das Recht auf Arbeit, Ausbildung und Gesundheit wird immer weniger akzeptiert und wird im Alltag der Politik immer seltener berücksichtigt.

2. Gute und schlechte Flüchtlinge

An der Haltung gegenüber Flüchtlingen und Auswanderern wird diese Politik besonders deutlich. Wurde vor Jahren der Begriff Wirtschaftsflüchtling zumindest noch genutzt, um das Problem der durch Armut, Elend und Not bedingten Wanderbewegung zu beschreiben, so wird heute nur noch Menschen, deren physische Existenz bedroht ist, das Recht zugesprochen, Grenzen zu überschreiten. Hinter dem Recht auf politisches Asyl verblasst das Recht, ein Leben in sozialer Sicherheit und Freiheit zu führen. Erst die Beschränkung dieses Rechts verleiht der gewaltsamen Abschiebung von Flüchtlingen den Schein der Legitimität. Was um 1900 als selbstverständlich galt, nämlich das Recht der Auswanderung wird heute mit Gewalt ausgesetzt, ohne dass sich Menschen daran stossen, deren heutiger Wohlstand auch darauf basiert, dass noch vor hundert Jahren die Auswanderung das Ventil war, um Armut zu begrenzen und Chancenlosen fern ihrer Geburtsorte die Erfüllung eines Lebens in Anstand und Würde zu ermöglichen.

3. Flucht und Auswanderung als Globalisierungsfolge

Wanderbewegungen hat es schon immer gegeben. Sie wurde positiv gewertet, solange sie im Interesse der jeweiligen betroffenen Staaten lagen. Auswanderung aus den unterschiedlichsten Ländern Europas vor allem in die USA war bis in die Jahre nach dem 2. Weltkrieg etwas Normales. Um 1900 benötigte man keinen Ausweis sondern nur eine Fahrkarte für die Schiffspassage, um in die neue Welt zu gelangen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden Arbeitskräfte oftmals sogar in anderen Staaten angeworben und zur Übersiedlung in ein anderes Land ermutigt. Staaten, wie Deutschland, die heute Migration

verhindern wollen, betrieben vor 60 Jahren eine aktive Anwerbungspolitik von Arbeitskräften im Ausland.

Migrationsbewegungen waren von alters her auch Ausdruck der weltweiten Ungleichzeitigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen. Wenn Arbeitskräfte benötigt werden, gilt deren Import als politisch opportun. Bei geänderter Interessenlage werden die Massstäbe in ihr Gegenteil verkehrt und die Unterschichten mobilisiert, im diesen Prozess politisch durchsetzen zu können. Pegida und AfD sind die Kettenhunde, die Medien und politischen Parteien erlauben, Konzepte zur Schliessung der Grenzen zu propagieren und zu verwirklichen.

Heute, im Zeitalter der Globalisierung bedingen sich Entwicklung und Unterentwicklung weiterhin und bilden zwei Seiten einer Medaille. Die Abschottung vor Flüchtlingen und Zuwanderern haben im Zeitalter globaler Wirtschaftsräume mit weltweit operierenden Unternehmen eine andere Qualität als im Zeitalter konkurrierender Nationalstaaten. Nationale Ideologie gilt nicht mehr absolut. Ihre Relativierung wird bei der Zusammensetzung professioneller Fussballmannschaften deutlich, denen Fans zujubeln. Die gleichen Gruppen machen dann Stunden später Jagd auf Andersdenkende oder -aussehende.

Nach dem Jahresbericht des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge waren Ende 2014 fest 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Es waren 8,3 Millionen mehr im Vorjahr. Damit hat sich die Zahl der Flüchtlinge in einem Jahr um die Gesamtbevölkerung der Schweiz vergrössert. Die Zahl der Flüchtlinge nimmt nach Darstellung von UNHCR seit zehn Jahren kontinuierlich zu. Das Alarmierendste besteht meiner Meinung nach darin, dass es sich bei der Hälfte der Flüchtlinge um Kinder handeln soll.

Dem UNHCR zufolge werden täglich weltweit 42 500 Menschen zu Flüchtlingen, Asylsuchenden oder Binnenvertriebenen. Etwa ein Prozent der Menschheit, das entspricht der Bevölkerung Grossbritanniens, ist demnach derzeit auf der Flucht. UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres sieht alles Vorherige in den Schatten gestellt. Zitat: „Es ist erschreckend zu beobachten, dass jene straflos bleiben, die Konflikte auslösen. Gleichzeitig scheint die internationale Gemeinschaft unfähig zur Zusammenarbeit, um Kriege zu beenden sowie Frieden zu schaffen und zu sichern.“

Ich möchte noch einige Zahlen zu Syrien anfügen: Mindestens acht Millionen Menschen sind Flüchtlinge im eigenen Land, weitere vier Millionen Syrer sind ins Ausland geflohen. Der arabische Frühling des Frühjahres 2011 endet in einer Grosskatastrophe, weil ausländische Staaten die Konflikte anheizen, statt sie zu befrieden.

In Tunesien gab es bis zum Sturz von Präsident Ben Ali etwa 100 Tote - in Kairo waren es bis zum Sturz Mubaraks weniger als 1 000. In Libyen waren es bis zum Sturz Ghaddafis etwa 30.000 und in Syrien sind es bis heute mindestens 300.000. Jemen ist das nächste Land mit Krieg, Tod, Elend und Not. Dort hungern heute etwa 14 Millionen Menschen, derzeit sind zweieinhalb Millionen Menschen allein in Jemen auf der Flucht. Allein im Jemen sind heute 21 Millionen Menschen auf internationale Hilfe angewiesen. Und Saudi Arabien hat den Krieg erst vor einem Jahr begonnen. Mit den Beispielen möchte ich

verdeutlichen: Es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern es existiert eine Systematik, die in Chaos und Tod endet.

Der zunehmende Druck der Flüchtlingslawine erreicht Mitteleuropa erst jetzt, weil die Abschottungsmechanismen bisher gehalten hatten und erst im vergangenen Jahr zusammengebrochen sind. Dabei ist die hohe Zahl der Flüchtlinge - gerade der im Mittleren Osten - seit Jahren bekannt. Nur konnten diese Menschen mit den bestehenden Mechanismen nicht mehr ausgesperrt werden. Ins Bewusstsein der Mitteleuropäer ist das Problem der Flüchtlinge nur deshalb so plötzlich gekommen, weil die Bewohner und die Politiker der Staaten Europas zuvor den Zug der Flüchtlinge und Auswanderer verdrängt hatten.

4. Militär gegen Fluchthelfer

Während heute wirtschaftliche und politische Spannungen weltweit zu Bürgerkriegen, zwischenstaatlichen Kriegen führten, werden seit Ende des zweiten Weltkrieges auch militärische Konflikte exportiert. Die wirtschaftlich starken Staaten haben sich zu Zentren der globalen Wirtschaft entwickelt, die nicht nur Industrieerzeugnisse sondern auch Konflikte und Kriege exportieren. Damit tragen diese Staaten auch Verantwortung für politische, wirtschaftliche oder soziale Missstände in anderen Teilen der Welt. Den fürchterlichen Krieg in Syrien haben die Staaten des Westens, vor allem die ehemaligen Kolonialmächte und die USA aber auch Russland - nicht nur als Folgestaat der Sowjetunion - mit zu verantworten. Wenn aus Syrien Menschen fliehen, ist das deren Recht. Wer diesen Menschen bei der Flucht hilft, unterstützt Bedürftige. Es ist bezeichnend, dass EU-Staaten Militäreinsätze gegen diese Fluchthelfer, die nur noch Schlepper genannt werden, planen. Dabei handelt es sich bei den Schleppern sehr oft um Flüchtlinge, die anderen helfen. Dem reichen Flüchtling, der seinen Weg nach Europa aus Erspartem finanziert, um sich in Europa an Sozialhilfe zu bereichern, handelt es sich oft um Fantasiefiguren bezahlter Schreiberinnen oder Schreiber, die die Wirklichkeit nicht kennen. Ohne Schlepper könnten viele Flüchtlinge ihre Reise nach Europa gar nicht finanzieren. Touristikunternehmer werden gefeiert, Schlepper dagegen kriminalisiert. Auch dies ein Propagandaerfolg, um unmenschliche Politik als gerechtfertigt und gerecht vermarkten zu können.

5. Doppelstandart offizieller Politik

Das Ausblenden von Hintergründen bildet eine wichtige Voraussetzung, Kriege in gute und böse unterteilen zu können. Während Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln trotz seiner grossen Zahl einen Ausnahmefall bildete, ist er heute zu einem Bestandteil der Alltagspolitik geworden. Dies gilt natürlich nur, wenn er im Ausland geführt oder ausgelöst wird. Die Ergebnisse dürfen dann nicht überraschen. Wenn die Terrororganisation Islamischer Staat heute über ein von ihr kontrolliertes Gebiet und einer eigenen Verwaltung verfügt, so muss dieses Terrorgebilde auch Ergebnis der Politik des Kolonialismus und des Kalten Krieges sowie der Kriege westlicher und östlicher Staaten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten begriffen werden.

Die westliche Welt trägt nicht nur Verantwortung im Fall des Islamischen Staates, sondern sie muss sich auch anlasten lassen, in Syrien das Abgleiten innenpolitischer Auseinander-

setzungen in einen Bürgerkrieg begünstigt zu haben. War der arabische Frühling ein Versuch, diktatorische, wirtschaftlich marode und sozial gescheiterte Systeme zu verändern, so liefert die Entwicklung der Proteste ein Beispiel, wie die westliche Staatengemeinschaft demokratische Regungen ignoriert, wenn autoritäre Bündnispartner wie z. B. das Herrscherhaus Saudi Arabiens helfen, diese Proteste in bewaffnete Aufstände und Bürgerkriege zu verwandeln. Natürlich wird ein derartiges Eingreifen mit Unterstützung des Kampfes gegen einen Diktator begründet. Dabei geht es darum, bei der eigenen Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, friedliche Proteste gegen autoritäre Herrschaft und Diktatoren seien Vorformen eines Bürgerkrieges. Mit einem derartigen Vorgehen sollen auch Proteste gegen das eigene politische System verhindert und im geographischen Umfeld Marionettensystem errichtet werden. Denn radikale islamische Organisationen lassen sich einfacher unterwandern, also Proteste einer unzufriedenen städtischen Opposition.

Wenn Hilfe für politisch Verfolgte zum moralischen Imperativ erhoben wird, warum existierte dieser Imperativ nicht, wenn es galt, friedliche Proteste gegen Diktatoren zu unterstützen. Dabei hätte es sich bei einer derartigen Politik um einen Beitrag gehandelt, vorhersehbares Elend zu verhindern.

6. Wer liefert Waffen

Ich halte es für verkürzt, den militärindustriellen Komplex für eine derartige Politik verantwortlich zu machen. Andersherum wird ein Schuh daraus: Die Waffenindustrie profitiert von derartigen Entwicklungen und Verhältnissen und verstärkt bzw. zementiert diese als Folge. Wenn Waffen weiterhin nahezu ungehindert in diese Krisen- und Kriegsgebiete exportieren können, zeigt sich die Mittäterschaft politischer Systeme. Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2014 nach einer Veröffentlichung des internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) auf 1 776 Milliarden US-Dollar. Das entspricht 2,3 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts.

Die größten Waffenhersteller und Waffenexporteure sind USA, Europa und Russland. Von dort stammen dreiviertel der Weltweit eingesetzten Waffen. Wenn Politiker bereit sind, den Strom von Flüchtlingen durch den Einsatz militärischer Mittel einzuschränken, sollten sie auch den Strom von Waffen in diese Gebiete verhindern. Die Kriegsgebiete in aller Welt zeigen, dass Waffen aus der gesamten Welt geliefert werden. Saudi Arabien ist der weltweit größte Importeur von Waffensystemen und führt mittlerweile immer mehr Kriege oder beliefert und finanziert immer mehr Kriegsparteien. Es werden nicht nur leichte Waffen des Typs Kalashnikow genutzt, sondern in Kriegen und Bürgerkriegen kommen zunehmend Gewehre der Schwarzwälder Firma Heckler & Koch oder und aus den USA zum Einsatz. Der IS verfügt vor allem über Waffen aus den USA oder Russland, die an den Irak oder Syrien verkauft, geschenkt oder dort zurückgelassen wurden.

Nicht nur Deutschland exportiert Waffen, mit denen im Orient gekämpft wird. Damit tragen Staaten, deren Regierungen und auch deren Bevölkerung, die in diese Krisenregion Waffen exportieren, einen Teil der Verantwortung für das Sterben Tausender von Menschen. Würden keine Waffen geliefert, gäbe es sicher weniger Tote in Kriegen und Bürgerkriegen. Statt eines Rückgangs melden wissenschaftliche Institute ein stetiges

Ansteigen der Zahl der Kriege. Auch wenn in den vergangenen Jahren jeweils nur ein zusätzlicher gemeldet wurde.

7. Dilemmata der Betroffenheit

Die Waffenexporte und die steigende Zahl von Flüchtlingen und Auswanderwilligen sind Ausdruck des Systems in dem wir leben und nicht nur Missstände, die abgeschafft gehören. Natürlich gilt es, gegen Waffenexporte und für die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen und Auswanderern einzutreten. Nur sind die Aussichten für die Durchsetzung derartiger Forderungen nicht besonders vielversprechend. Einen grossen Teil meines Berufslebens habe ich mit der Berichterstattung über Kriege und Bürgerkriege verbracht. Welche Sender waren an sachlichen und faktenorientierten Beiträge orientiert: Vor allem die ARD-Anstalten in den deutschen Bundesländern mit von CDU- oder CSU-Regierungen. Waren Rundfunkräte sozialdemokratisch orientiert, hatte die Berichterstattung über Nicaragua oder Guatemala Vorrang, weil dort Linke auf dem Vormarsch waren. Sie werden sagen, eine Million Tote im Krieg zwischen Iran und Irak hat Europa ohne grosse Proteste hingenommen, weil vor allem Moslems getötet wurden. Das stimmt, ist richtig und war zu verurteilen. Nur gab es damals kaum, obwohl Langzeitauswirkungen, mit denen Europäische Staaten heute konfrontiert sind, absehbar waren. Heute wird zu den Kriegen im Jemen, in Pakistan und in Afghanistan weitgehend geschwiegen, die Folgewirkungen werden dann in wenigen Jahren beklagt.

Der Protest gegen die Entsendung deutscher Soldaten ist kleiner als noch vor Jahren, als Politiker die Entsendung von Soldaten als die von Helfern in Uniform verkauft haben. Über die Redensart, die deutsche Freiheit wird am Hindukusch verteidigt, machten Kabarettisten ihre Witze. Dieser Krieg wurde nicht ernst genommen. Dabei bot er die Chance, zu begreifen, dass dort der Krieg der Zukunft geprobt und der Umbau der Bundeswehr in eine Offensivarmee vorbereitet wurde. Ich werde das Gefühl nicht los, dass wir der Entwicklung hinterherlaufen und uns bei der Kritik nicht auf der Höhe der Zeit befinden.

8. Radikale Kritik als Konsequenz

Dabei war die Lage noch nie so ernst. Für mich liegen die Konsequenzen auf der Hand. Ich möchte die Symptome benennen und dabei vermeiden, dahinterliegende Ursachen zu übersehen. Doch entscheidend ist, dass die Ursachen für Krieg und Elend, für Flucht und Auswanderung beseitigt werden. Dies geht nur durch radikale Änderungen und Voraussetzung dafür ist eine radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse. Vielen Dank